

Geld statt Gift

Wie Kommunen von großen Solaranlagen profitieren – und wie nicht



Die Gewerbesteureinnahmen der Städte und Gemeinden könnten in diesem Jahr um 20 Prozent sinken, schätzt der Deutsche Städtetag. Neue Einnahmequellen sind für die Kommunen daher wichtig. Große Solaranlage können dabei helfen, den öffentlichen Haushalten auf 20 Jahre und mehr stabile Einnahmen zu beschern. Unter Umständen können dabei – quasi nebenbei – Altlasten entsorgt und ehemalige Militäranlagen umgestaltet werden.

Der Kampfmittelräumdienst bei der Arbeit: Bevor die Fundamente des Solarkraftwerks Lieberose in den Sand gerammt werden können, muss die 162 Hektar große Sandfläche regelrecht auf links gedreht werden. Denn im Untergrund lauern gefährliche Hinterlassenschaften der Sowjetarmee.

Die Lieberoser Heide, wenige Kilometer nördlich von Cottbus: Hier will die Juwi Solar GmbH bis Ende des Jahres eines der bislang größten Solarkraftwerke weltweit errichten, ein 53-Megawatt-Projekt mit Cadmiumtellurid-Modulen der First Solar Inc. Mehr als 160 Millionen Euro werden bis Ende des Jahres verbaut und nicht nur für Solarmodule, Montagegestelle und Wechselrichter verwendet: Während

auf der einen Seite der 162 Hektar großen Sandfläche schon die ersten Teile des Solarparks am Netz sind, graben am anderen Ende Bagger noch jeden Meter Boden um und schaufeln ihn auf große Siebmaschinen. Experten vom Kampfmittelräumdienst suchen hier nach Munitionsresten – Hinterlassenschaften der Roten Armee, die bis 1994 den Krieg in der Lieberoser Heide übte. Das Geld für die groß angelegte Räu-

mung stammt aus der Pacht der Fläche, die Juwi für 20 Jahre im Voraus bezahlt hat, heißt es beim »Landesbetrieb Forst Brandenburg«, der die Arbeiten überwacht. Die Suche ist dringend nötig. Bei ersten Räumarbeiten im vorigen Sommer stießen die Kampfmittelräumer auf Dutzende Minen, über 4.200 Schuss Munition, 103 Granaten und fast 200 Waffenteile. Auch einige Fässer unbekanntes Inhalts wurden im Boden gefunden. Vorsicht ist hier angebracht, schließlich testete die Sowjetarmee in einem Waldstück auf dem Gelände auch chemische Kampfstoffe.

Der Solarpark setzt einen Schlusspunkt hinter eine Geschichte, die vor 15 Jahren mit dem Abzug der Soldaten begann. »Gefahren für unser Trinkwasser bestünden nicht, sagten uns damals die Behörden«, erinnert sich René Sonke, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Freie Lieberoser Heide. Doch tatsächlich bewiesen zufällig gemachte Proben, dass das Grundwasser mit Kohlenwasserstoffen belastet war. Sonke gründete daraufhin die örtliche Interessengemeinschaft und erinnerte die Behörden immer wieder an das Wasserproblem. Zu hören bekam er, dass das Land kein Geld habe, um die Altlasten aus dem Boden zu holen. Der Bau des Solarparks ändert das nun.

Freiflächenanlagen werden häufig aus sogenannten Konversionsflächen errichtet, vor allem auf ehemaligen Militärgeländen oder Mülldeponien. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hebt diese Liegenschaften ausdrücklich als Solarstandorte hervor – auch, um Kommunen, in denen sich diese Problemgebiete befinden, bei der Sanierung und Nutzung der schwierigen Flächen zu helfen. »Die haben bei mir offene Türen eingerannt«, sagt beispielsweise Andreas Dietze, Bürgermeister in Brandis im Landkreis Leipzig. Jüngst habe er mit Juwi vereinbart, die Kapazität des dortigen Kraftwerks von 40 auf 50 Megawatt auszubauen. Die rund 110 Hektar große Anlage steht auf einem ehemaligen Flugplatz der sowjetischen Armee, den die Stadt Brandis an die Betreibergesellschaft des Solarparks verpachtet hat. »Für eine sechsstellige Summe pro Jahr«, sagt Dietze. Ende 2008 ging der vorerst letzte Bauabschnitt der Anlage ans Netz. 23 Jahre läuft der Vertrag, zweimal kann er verlängert werden; nach 33 Jahren ist dann endgültig Schluss.



Helmut Fries, der Bürgermeister von Turnow-Preilack, wozu die Lieberoser Heide gehört, und Wolfgang Roick von der Forstverwaltung des Landes Brandenburg inspizieren die harmloseren Fundstücke der Munitionssucher

Rund 10.000 Euro Gewerbesteuer pro Megawatt

»Jahrelang hatten wir nur Kosten und Ärger mit dem Gelände«, erzählt der Bürgermeister. 16 Millionen D-Mark wollte das Land Sachsen in den 1990er-Jahren dafür haben. Eine städtische Entwicklungsgesellschaft greift zu, versucht Gewerbe anzusiedeln. Doch der Erfolg bleibt aus. Später steht ein Vergnügungspark zur Diskussion. Alles misslingt. 1999 ist die Entwicklungsgesellschaft insolvent. Damit das Gelände nicht an die Banken fällt, springt die Stadt ein, zahlt symbolisch eine D-Mark und übernimmt das Areal. Kosten und Pflichten für die insgesamt 220 Hektar große Fläche gehen fortan zulasten der Stadt.

Jahrelang breiten Investoren immer wieder Pläne im Rathaus aus, ohne Er-

folg. »Die wollten alle das Gelände zerstückeln, aber das wollten wir nicht«, erinnert sich der Bürgermeister. Vor zwei Jahren erfolgte dann der erste Spatenstich für einen Solarpark, dem bis dahin größten in Deutschland. Ebenso wie in der Lieberoser Heide wurde auch in Brandis nach Altlasten gesucht.

Wichtig sind jedoch auch die Gewerbesteuerereinnahmen aus dem Betrieb der Anlage. Hierzu stellt sich die Frage: Wie hoch wird der Geldsegen ausfallen, mit dem künftige Standortgemeinden von Solarparks rechnen können? Für Windanlagen gilt nach Angaben der Beteiligungsgesellschaft Zukunftsenergie BGZ AG in Husum die Faustformel, dass ein Megawatt installierter Leistung rund 10.000 Euro Gewerbesteuer im Jahr generiert. Angesichts ähnlicher Betreiberrenditen dürfte das auch

bei Solarparks ähnlich aussehen. Die Sachsenfonds Solar GmbH, die das Solarkraftwerk Brandis finanziert und betreibt, prognostizierte beispielsweise in einer Informationsbroschüre über den Solarpark in Brandis, dass durch den Betrieb von 30 Megawatt bis 2028 rund sieben Millionen Euro Gewerbesteuer anfallen. Das macht durchschnittlich etwas mehr als 11.000 Euro pro Megawatt und Jahr. Da der Solarpark bald eine Leistung von 50 Megawatt haben soll, kommt noch deutlich mehr in die Stadtkasse von Brandis. Freuen kann sich die Kommune zudem über die jährlichen Pachteinahmen.

Manche Kommunen gehen leer aus

Dass das sächsische Brandis überhaupt Gewerbesteuer aus dem Solarpark erhält, den die rheinland-pfälzi-



sche Juwi errichtet hat, liegt am Sitz der Betreibergesellschaft Sachsenfonds, denn der heißt ebenfalls Brandis. So lässt sich das Problem unterschiedlicher Betriebs- und Produktionsorte umgehen: Denn das Steuergesetz setzt Wertschöpfung mit Personalstärke gleich. Standorte ohne Personal – bei Solarkraftwerken und Windparks die Regel – sind nicht vorgesehen. Sie bekommen keine Gewerbesteuer zugesprochen. Das Gewerbesteuerrecht sieht seit einiger Zeit vor, dass nur noch am Firmensitz der Betreibergesellschaft Steuern zu zahlen sind. Im Extremfall sieht die Kommune daher keinen Cent von dem, was der Wind- oder Solarpark vor der Rathaustür erwirtschaftet. So geschehen im bayerischen Pocking. »Dass ist schon eine enorme Geschichte, die hier passiert«, sagt Herbert Staudinger, Kämmerer der Gemeinde im Landkreis Passau. Mit mehreren Zehntausend Euro Steuereinnahmen im Jahr habe er aus dem Betrieb des örtlichen Zehn-Megawatt-Solarparks gerechnet. Doch daraus ist nichts geworden. Die Betreibergesellschaft gehört zur Commerzbank AG, sitzt in Düsseldorf und ist dort steuerpflichtig. Personal wird vor Ort nicht beschäftigt, auch deshalb wird in Pocking keine Gewerbesteuer fällig. Denn fällt in Standortgemeinden kein Lohn an, so haben diese keinen Anspruch auf die Abgabe. »Laut Steuergesetz ist die Summe der Löhne maßgeblich für die Verteilung der Steuern«, sagt Helmut Dedy, Finanzexperte des Städte- und Gemeindebundes. In der Vergangenheit einigten sich die Unternehmen mit den Kommunen von Unternehmenssitz und Kraftwerksstandort gelegentlich darauf, die Gewerbesteuer unter sich aufzuteilen. Das sei auch heute noch möglich, so Dedy. Doch warum sollte die Kommune vom Unternehmenssitz freiwillig auf Gewerbesteuer verzichten? Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs in Bezug auf Windkraftanlagen aus dem Jahr 2007 dürfen die Finanzämter allerdings keine abweichenden Zerteilungsschlüssel mehr anwenden. Für sie gilt weiterhin: Gibt es Betriebsstätten an mehreren Orten, wird Gewerbesteuer anhand der Summe der Löhne zugesprochen.

Martin Bucher - Projektentwicklungen

Vom Zehn-Megawatt-Park im bayerischen Pocking fließt sämtliche Gewerbesteuer nach Düsseldorf. Hier freuen sich nur die Schafe, nicht der Kämmerer über das Kraftwerk.



Helger Dicks

Wenn die Betreiberfirma ihren Sitz am Ort des Solarkraftwerks hat, kann die Kommune dort mit solaren Gewerbesteuereinnahmen rechnen. Ansonsten sieht es schlecht aus.

Ausnahmen vom Lohnprinzip sind nur dann möglich, wenn sie im Gesetz stehen. Standorte von Windanlagen haben aus diesem Grunde seit Jahresbeginn Anspruch auf 70 Prozent der Gewerbesteuer, 30 Prozent gehen an die Kommune mit dem Unternehmenssitz. Für Photovoltaikanlagen und andere Erneuerbaren-Kraftwerke gilt diese Regelung jedoch nicht. In Pocking hofft man nun darauf, dass sich das ändern wird, ebenso beim Bundesverband Erneuerbare Energien e. V. (BEE). »Schon aus Gründen der Systematik ist hier eine einheitliche Regelung wünschenswert«, sagt BEE-Geschäftsführer Björn Klusmann.

Unterschiedliche Formen der Wertschöpfung

Damit würde auch die Gefahr gebannt, dass eine Betreibergesellschaft ihren Sitz jederzeit in eine andere Kommune verlegen kann und dann eben zugunsten einer anderen Stadtkasse zahlt. Gründe hierfür können zum Beispiel niedrigere Gewerbesteuererhebungen sein. Einflussmöglichkeiten haben Kommunen aber auch über das Baurecht: Freiflächenanlagen dürfen dem EEG zufolge nur im Bereich eines gültigen Bebauungsplans errichtet werden – gerade auf Konversionsflächen werden diese Pläne üblicher-

weise eigens für die Kraftwerksprojekte aufgestellt. Weil es sich dabei um eine kommunale Satzung handelt, muss jeder Bebauungsplan den Stadt- oder Gemeinderat durchlaufen. Eine Garantie auf Zustimmung für die Bauherren gibt es hier naturgemäß nicht. Man kann sich aber ausmalen, dass örtliche Betreibergesellschaften hier bessere Chancen haben als solche in weit entfernten Orten. Auch bei eventuellen Erweiterungsprojekten dürften örtliche Betreibergesellschaften eher mit politischer Zustimmung rechnen. Ebenso hilft kommunaler Grundbesitz, denn auch Pachtverträge können an Bedingungen geknüpft werden.

Was können Kommunen und Regionen ansonsten erwarten? Ziehen die Investitionen Arbeitsplätze für die Bürger der Stadt nach sich oder Folgeinvestitionen? Beim jüngst gestarteten Bau zur Erweiterung des Flughafens in Frankfurt am Main hieß es, 70 Prozent des investierten Geldes blieben in der Region. Projektentwickler und Betreiber von Freiflächenanlagen schätzten auf Anfrage von PHOTON, dass nur zwischen fünf und zehn Prozent der Investitionssumme eines Wind- oder Solarparks in die lokale und regionale Wertschöpfung fließen. So werden unter anderem nötige Bauarbeiten vor Ort, wie Wege- und Tiefbau oder das



Rainer Weislog / photon-pictures.com

Vom Bau eines Solarkraftwerks profitieren die örtlichen Betriebe immer weniger. Die Verpflegung der Bautrupps dürfte allerdings erst ganz zuletzt an überregionale Unternehmen vergeben werden.

Verlegen der Erdkabel, meist an lokale Firmen vergeben, heißt es von der Solon SE in Berlin; ähnlich äußerten sich Juwi Solar und die Gehrlicher Solar AG in München. Grundsätzlich mangle es jedoch an Erfahrungswerten, wie Ulf Hahne vom Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Kassel, sagt. Er hat kürzlich auf einem Kongress das Thema regionale Wertschöpfung erneuerbarer Energien behandelt.

Dauerhaft neue Arbeitsplätze entstehen vor Ort hingegen nur begrenzt

– Photovoltaikanlagen sind im Gegensatz zu Windkraftwerken vergleichsweise wartungsarm. »Im Solarpark in der Lieberoser Heide werden zwischen sieben und acht Arbeitsplätze entstehen«, sagt Juwi-Sprecher Ralf Heidenreich. Gleichzeitig werden tendenziell weniger Menschen aus der Region auf den jeweiligen Baustellen beschäftigt. »Die Branche professionalisiert sich immer weiter«, sagt Heinz Lofner von der Sunselex GmbH. Die Firma installiert bei vielen Solarparks die Aufständerungen. Im Jahr 2007 habe die Münchener Firma

noch mehr als 100 Monteure aus der Region Leipzig eingestellt und auf dem Solarpark in Brandis beschäftigt. Heute greife man nur noch bei Auslandsbaustellen auf lokales Personal zurück.

Die zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen schaffen hingegen sehr wohl Arbeit vor Ort. Bürgermeister Helmut Fries in Turnow-Preilack, in deren Grenzen die Lieberoser Heide liegt, will mit dem Geld vom Solarpark unter anderem einen Kindergarten modernisieren und Solarzellen auf Dach bauen lassen. Auch in Brandis werden die Solargelder voraussichtlich in frischen Beton verwandelt werden. Wenn in rund fünf Jahren erstmals Gewerbesteuer in die Stadtkasse fließt, soll endlich das Gymnasium der rund 10.000 Einwohner großen Stadt saniert werden. Und schließlich dürfen sich auch die örtlichen Reinigungsbetriebe freuen: Mehrere Zehntausend Euro muss Brandis Jahr für Jahr aufwenden, um illegale Müllabladungen auf dem alten Flugplatz zu beseitigen. Denn auch der Zaun rings um das Gelände und seinen Solarpark hindert Unbekannte nicht daran, immer wieder Abfall dort zu deponieren. Dass es sich dabei nicht um alte Waffen und Munition handelt, ist nur ein schwacher Trost.

Holger Dirks

Where there is sun there is hope
Technology Innovation Development Cooperation

BEIJING HOPE INDUSTRY AND TRADE CO.,LTD

No.6-8 Hope Road, Taihu Country, Tongzhou District Beijing China
P.C.: 101116 Http://www.hopesolar.com.cn

CE TÜV IEC